



Liebe Friedensfreundinnen, liebe Friedensfreunde,

25. Mai 2017

mit diesem Rundbrief setzen wir die Dokumentation der beim Ostermarsch gehaltenen Reden fort, bebildert mit Fotos von Gerd Krützfeld und Reinhard Schwandt. Die Rede von Andreas Grünwald führt dann schon zu den Aktivitäten gegen den G20-Gipfel. Dazu werden wir euch noch in einem weiteren Rundbrief informieren. Ihr solltet euch aber schon einmal die Termine für die Gegendemonstration (8. Juli) und den Alternativgipfel (5. + 6. Juli) vormerken.

Zuvor möchten wir euch aber noch auf ein anderes Ereignis hinweisen:

50 Jahre israelische Besatzung in Palästina - Gerechtigkeit für Palästina - JETZT! Demonstration • Samstag, 3. Juni • 13.00 Uhr • Hachmannplatz (Hbf.)

Seit 1967 hält Israel die Westbank, Ostjerusalem, den Gazastreifen und die Golanhöhen besetzt. Gegen alles Völkerrecht wurden in der Westbank Hunderte illegaler Siedlungen auf palästinensischem Land errichtet und die palästinensische Bevölkerung in voneinander isolierten Enklaven auf nur noch ca. 40 Prozent der Westbank zusammengedrängt. Ostjerusalem und Golanhöhen wurden annektiert. Seit 10



Jahren ist der Gazastreifen durch eine strikte Blockade völlig von der Außenwelt abgeriegelt – eine humanitäre Katastrophe. Landraub, Vertreibung, Entrechtung, Verfolgung bestimmen das Leben der Menschen in Palästina, und die westlichen und europäischen Länder tun nichts, um dem ein Ende zu setzen.

Zu dieser Demonstration rufen auf die Palästinensische Gemeinde in Hamburg und Umgebung e. V. – Deutschland, die Palästinensische Gemeinschaft in Deutschland e. V. – Hamburg, die Deutsch-Palästinensische

Gesellschaft – Regionalgruppe Nord-Hamburg und der Deutsch-Palästinensische Frauenverein e. V. – Regionalgruppe Hamburg. Die Demonstration wird von uns unterstützt. Weitere Unterstützer sind die IPPNW – Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkriegs/Ärzte in sozialer Verantwortung e. V., die BDS-Gruppe Hamburg und der Flüchtlingsrat Hamburg e. V.

Wer sich stärker für den Frieden engagieren möchte, sei auf unsere Vorstandssitzungen hingewiesen, auf denen wir Inhalte und Formen unserer Aktionen diskutieren:

Dienstag, 6. und 20. Juni • 18.00 Uhr • Curiohaus • Rothenbaumchaussee 15

Wer mitarbeiten möchte oder Anfragen und Anregungen hat, melde sich bitte bei uns (Post- und E-Mail-Adresse siehe unten).

Mit pazifistisch-antimilitaristischen Grüßen

Markus Gunkel

Redebeitrag von Olaf Harms (ver.di)

auf der Auftaktkundgebung des Hamburger Ostermarsches am 17. April 2017

Liebe Friedensfreundinnen und Friedensfreunde, liebe Kolleginnen und Kollegen,

zunächst geht mein herzlicher Dank an das Hamburger Forum für Frieden und Völkerverständigung, welches auch dieses Jahr diesen Ostermarsch organisiert.

Wenn ich die Pressemeldungen in den letzten Tagen verfolge, dann bekomme ich Angst.

Angst, weil in Syrien Giftgas eingesetzt wurde. Angst, weil ein US-Präsident völkerrechtswidrig Syrien bombardiert, obwohl überhaupt nicht klar ist, wer für den Giftgaseinsatz verantwortlich ist. Ich habe Angst, weil diese Bundesregierung dieses Bombardement nicht verurteilt. Ich habe Angst, weil derselbe US-Präsident Ziele in Afghanistan bombardiert, und gleichzeitig vor diesem dort stattfindenden Krieg geflüchtete Menschen aus Hamburg nach Afghanistan abgeschoben werden. Meine Angst wird größer, weil der amtierende US-Präsident einen Teil seiner Flotte vor den Küsten Koreas stationieren will.

Angst macht es mir auch, wenn die Bundesrepublik auch in Sachen Rüstungsproduktion und Rüstungsexport einen Platz unter den ersten drei Ländern dieser Welt erreicht hat. Ich kann es verstehen, wenn Menschen, die in die schmutzigen Waffenläufe aus deutscher Fabrikation schauen, um ihr Leben fürchten und fliehen. Diesen Geflüchteten gilt unsere volle Solidarität. Und sie haben in der Tat ein Recht, hier in diesem Land zu bleiben, mindestens bis die Herstellung von Waffen und deren Export beendet ist.

Die NATO hat jüngst gefordert, dass all ihre Mitgliedstaaten ihre Ausgaben für Rüstung und Kriegswaffen auf 2 % des Bruttoinlandsprodukts anheben sollen. Obwohl diese Forderung aus den Reihen der Bundesregierung infrage gestellt wurde, gab es jedoch keine Ankündigung, das Weißbuch aus dem Jahr 2014 zu korrigieren. Denn dort ist eben diese Forderung, 2 % des Bruttoinlandsprodukts für den Rüstungsetat auszugeben, festgeschrieben. In Zahlen ausgedrückt bedeutet dieses eine Steigerung in den nächsten Jahren auf über 72 Milliarden €, also fast eine Verdoppelung gegenüber dem bisherigen Stand.

Es könnte hoffnungslos machen, wenn ich gleichzeitig erlebe, dass die Spaltung unserer Gesellschaft in Arm und Reich immer tiefer wird. Während auf der einen Seite wenige Prozent der Bevölkerung über den Hauptanteil des Vermögens verfügen, wächst auf der anderen Seite die Armut rasant. Schon heute ist absehbar, dass vor dem Hintergrund der jetzigen Einkommen aus Erwerbsarbeit ein großer Teil der Beschäftigten nach jahrzehntelanger Arbeit nicht von der gesetzlichen Rente allein leben können. Das ist ein Skandal. Hier ist es doch richtig, zu fordern, dass ein Paradigmenwechsel in Bezug auf die gesetz-



Foto: GK

liche Rentenversicherung stattfinden muss. In den Fokus muss wieder die Rentenhöhe genommen werden, anstatt der Beitragsstabilität, die ausschließlich nur den Arbeitgebern zum Vorteil ist. Das bedeutet, dass die Rentenhöhe nicht weiter absinken darf. Nein, im Gegenteil, sie muss jetzt auf mindestens 48 % stabilisiert und in naher Zukunft auf mindestens 50 % Rentenhöhe gesteigert werden. Um dieses zu finanzieren, sind nur einfache Schritte nötig. So unter anderem durch Einführung einer Vermögenssteuer, Anhebung der Kapitalertragssteuer und die Verwendung der zur Steigerung des Rüstungsetats dienenden Mittel, ganz zu schweigen von einer Kürzung des Rüstungsetats.

Es könnte hoffnungslos machen, wenn ich mir die Wahlerfolge der Rechtspopulisten in diesem Land ansehe. Mit ihrer Demagogie versuchen sie, uns gegeneinander auszuspielen. Nach ihrer Auffassung sind es die vor Krieg und Elend geflüchteten Menschen, die schuld daran sind, dass es zu wenig Arbeit oder zu wenig Wohnraum gibt. Beschäftigt man sich genauer mit ihren programmatischen Aussagen, so kann festgehalten werden: Sie sind gegen eine Vermögenssteuer, aber auch gegen zu strenge Regularien im Bereich des Mindestlohnes. Sie halten die Sozialversicherungssysteme und deren paritätische Finanzierung durch Beschäftigte und Unternehmer für unsinnig, wollen, dass allein die Beschäftigten für ihre Rente im Alter sorgen. Sie vertreten ein Weltbild, nach dem sie sich auf die abendländische Kultur beziehen, und damit aber zum Ausdruck bringen, dass Menschen mit anderem als dem christlichen Glauben hier nichts verloren haben. Sie halten die Zusammenarbeit zwischen Gewerkschaften und Interessenvertretungen für schädlich, weil der Unternehmer dann nicht mehr allein entscheiden könne. Diesem Rechtspopulismus müssen wir in den Arm fallen. Ist er erst im Bundestag etabliert, befürchte ich eine weitere Rechtsentwicklung in diesem Land. Doch was wir brauchen ist keine weitere Rechtsentwicklung,

und schon gar nicht diese Rechtspopulisten im Bundestag. Treten wir denen entgegen, die mit Zukunftsängsten, mit Ängsten um die eigene soziale Sicherheit spielen. Was wir brauchen, ist ein Sofortprogramm, welches ausreichend Wohnraum, Bildung und Gesundheit zur Verfügung stellt. Was wir brauchen ist eine Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich, denn Arbeit ist genug und für alle da.

Liebe Friedensfreundinnen und Friedensfreunde, liebe Kolleginnen und Kollegen,

statt Angst und Hoffnungslosigkeit macht es mir Mut, wenn ich sehe, dass sich an den Ostermärschen in diesem Jahr wieder zig Tausende Menschen beteiligen. Es gibt mir Zuversicht und Kraft, wenn ich all die richtigen Forderungen nach Stopp aller Auslandseinsätze der Bundeswehr, nach Stopp aller Rüstungsexporte und für eine Willkommenskultur statt einer „Festung Europa“ lese.

Diesen Mut, diese Zuversicht und Kraft sollten wir nutzen, um auch in Hamburg endlich dafür zu sorgen, dass der Hamburger Hafen nicht mehr Drehscheibe für Kriegswaffen aller Art ist.

Diesen Mut, diese Zuversicht und Kraft sollten wir nutzen, um unsere Stimmen lautstark und bunt auch in den Demonstrationen zum im Juli dieses Jahres in Hamburg stattfindenden G20-Gipfels hörbar werden zu lassen. Denn es sind im Wesentlichen die G7-Staaten, erweitert um die Schwellenländer, die weltweit maßgebend sind in Rüstungsproduktion, Rüs-



Foto: RS

tungsexporten und eigener Kriegsführung. Unsere Forderung muss sein, diese Rüstungsressourcen einzusetzen gegen Umweltzerstörung und Klimawandel und zur Sicherung der menschlichen Existenzgrundlagen durch Ernährungssouveränität, Bildungs- und Gesundheitswesen.

Lasst uns also Mut, Zuversicht und Kraft nutzen, um in den kommenden Wochen und Monaten mehr Menschen zu gewinnen, aufzuklären und für den Frieden aktiv zu werden.

Euch allen vielen Dank.

Olaf Harms ist Vorsitzender des Landesbezirksvorstandes von [ver.di Hamburg](#).

Redebeitrag von Dilan Baran (DIDF)

auf der Zwischenkundgebung des Ostermarsches auf dem Hansaplatz

Liebe Friedensfreunde,

die Lage in der Türkei wird immer angespannter. Staatschef Recep Tayyip Erdogan und die AKP haben die Türkei spätestens mit dem gestrigen Referendum in eine Präsidialdiktatur verwandelt. Die sowieso schon auf das Minimum reduzierten demokratischen und staatlichen Kontrollmechanismen wurden damit in Gänze abgeschafft.

In den letzten zwei Jahren ist die AKP-Regierung



Foto: RS

mit brutalster militärischer Gewalt und Repression gegen jegliche Form der Opposition vorgegangen. Über 500.000 kurdische Bürger wurden wegen der militärischen Angriffe des türkischen Staates in den letzten Monaten aus der Region vertrieben. Tausende kurdische Politiker sitzen in Gefängnissen. Seit über 61 Tagen sind die kurdischen Gefangenen im Hungerstreik. Wenn der türkische Staat nicht einlenkt und die Haftbedingungen und die Repressionen beendet, wird es viele Tote geben.

Niemand scheint vor der Staatsgewalt der AKP sicher: Kurden, Demokraten, Friedenskräfte, Gewerkschaften, Frauen, Akademiker. Wer nicht auf der Seite der totalitären Regierung steht, wird mundtot gemacht. Dabei fordern diese Menschen nur das, was auch wir heute fordern: Frieden, Solidarität und Freiheit!

Das Vorgehen der türkischen Regierung gegen die Bevölkerung, die systematische Einsperrung von Oppositionellen, die Zensur der freien Presse und Ermächtigung eines Mannes – das alles weist erschreckende Parallelen zum Faschismus auf. Seit der Krise über die Ministerauftritte in Europa mehrten sich zwar

die Kritiken der EU und der Bundesregierung gegenüber der Türkei, an der Grundhaltung wird sich aber nichts ändern. Wir dürfen diesbezüglich keine Illusionen haben. Die Türkei ist für die Interessenpolitik im Nahen Osten geopolitisch zu wichtig. Das zeigen schon die Investitionen von knapp 60 Millionen Euro in die Erweiterung des NATO-Stützpunktes in Incirlik.

Dass der Bundesregierung und der EU die wirtschaftlichen und geopolitischen Interessen wichtiger sind als die Demokratie in der Türkei zeigt sich zudem an den enorm gestiegenen Rüstungsexporten dorthin. Wie sonst kann man erklären, dass die Türkei im letzten Jahr von Platz 25 auf Platz 8 der Empfängerländer deutscher Waffen aufgestiegen ist. Rheinmetall will zukünftig sogar direkt in der Türkei eine Fabrik bauen und vor Ort Panzer herstellen.

Für das deutsche Kapital ist die Türkei ohnehin ein unabdingbarer Absatz- und Investitionsmarkt. Über 6.500 deutsche Unternehmen sind direkt in der Türkei vertreten. Die größten Investitionen aus dem Ausland kommen von deutschen Unternehmen, und die wichtigsten Handelspartner der Türkei befinden sich in Deutschland.

Die Zustände aber nur zu kritisieren, reicht uns nicht aus. Frieden, Menschenrechte und Solidarität dürfen nicht nur reine Lippenbekenntnisse bleiben. Wir fordern von der Bundesregierung, mit jeglicher finanzieller, politischer und militärischer Unterstützung der Türkei aufzuhören. Vor allem müssen die Bundeswehrsoldaten, die heute mit Aufklärungsjets und einem Tankflugzeug vertreten sind, sofort aus Incirlik abziehen!

Liebe Freunde,

die Herrschenden sprechen seit Jahren von nichts anderem, als dass überall gespart werden muss, von der Schuldenbremse und klammen Kassen. Offensichtlich gilt dieser Umstand nicht für die Kriegskasse. Denn wenn es um Hochrüstung geht, sitzt das Geld auf einmal locker. Währenddessen sinken die Löhne im Bildungs- und Erziehungsbereich, das Personal im Gesundheitssektor wird so stark reduziert, dass es nicht mal mehr für eine grundlegende Versorgung reicht, und bezahlbarer Wohnraum wird absolut rar.

Wir sagen: Stoppt die Kriegsvorbereitungen!

Beendet die Hochrüstung!



Foto: RS

Wir brauchen Investitionen in Bildung, Gesundheit und in andere soziale Bereiche und nicht in Kriege.

Die Brandherde auf der ganzen Welt mehren sich. Destabilisierungspolitik gegen Lateinamerika, Provokationen gegen Russland und China, die Situation im Nahen Osten und in Afrika ist besorgniserregend.

Die Stationierung von NATO-Truppen in Osteuropa, US-Kriegsschiffe vor der Koreanischen Halbinsel und erneute Bombardierung in Syrien sind Provokationen, die sehr schnell zu einer kriegerischen Auseinandersetzung der Großmächte führen können. Das würde katastrophale Folgen haben.

Wir sagen: Hört auf mit diesen Provokationen! Hört auf, andere Staaten und Regionen zu destabilisieren! Zieht die NATO-Truppen aus Osteuropa ab!

Und: Die Folgen der imperialistischen Kriegstreiber sind längst auch in Europa angekommen. Doch anstatt jetzt entschiedener für Frieden einzustehen, wird Hetze gegen Geflüchtete betrieben. Diese Menschen, die in direkter Folge der Verteilungskriege im Nahen Osten hierher geflohen sind, werden nun zu Sündenböcken und Feindbildern gemacht!

In jenen Kriegen mischt die Bundeswehr aktiv mit. Wenn wir heute Frieden fordern, müssen wir also genauso den Abzug der Bundeswehr aus allen Kriegsgebieten fordern! Wir fordern ebenso die Einstellung aller Rüstungsexporte! Wir unterstützen die Forderung der Gewerkschaften, die Rüstungsausgaben deutlich zu senken und in Rüstungskonversionsprojekte zu investieren!

Hoch die internationale Solidarität!

Dilan Baran ist Vorsitzende der DİF Hamburg.



Foto: RS

Kein Frieden mit dem Kapitalismus

Redebeitrag des Bündnisses „Bildung ohne Bundeswehr“ (BoB) zum Ostermarsch

Liebe Friedensbewegte, liebe Genossen!

Ich möchte heute über drei Tatsachen reden, denen wir als Friedensbewegung ins Auge sehen müssen – auch wenn sie noch so schmerzlich sind.

Erste Tatsache: Unser Protest, unsere Arbeit als Friedensbewegung ist noch immer unabdingbar. Noch immer und immer wieder stürzen die kapitalistischen Großmächte die Welt in Krieg und Elend: Irak, Afghanistan, Syrien, Mali, Ukraine, Jemen – die Liste ist lang. Dass Obama, der als erster Präsident zwei komplette Amtszeiten dauerhaft Kriege geführt hat, mit dem Friedensnobelpreis bedacht wurde, ist ein schlechter Witz. Aber auch bei der Europäischen Union ist der Friedenspreis vollkommen fehl am Platz. Mit dem zerstörerischen Potenzial und der kriegerischen Praxis der USA kann die Europäische Union zwar nur in ihren Träumen mithalten. Und doch organisiert sie die zunehmende militärische Zusammenarbeit zwischen ihren Mitglieds- und Anrainerstaaten. Sie plant, finanziert und treibt multinationale Rüstungs- und Kriegsprojekte voran. Solange die Herrschenden in Politik und Wirtschaft ihre Macht und ihren Profit mit kriegerischen Interventionen sichern, müssen und werden wir weiter auf die Straße gehen, um dagegen zu protestieren. Kein Frieden mit der NATO! Kein Frieden mit der Europäischen Union!

Zweite Tatsache: Mit ihrer allgegenwärtigen Kriegspropaganda ist uns die Bundeswehr in Sachen Öffentlichkeitsarbeit um Längen vorraus. Und zwar am deutlichsten im Bereich der Jugendarbeit. Die Bundeswehr ist leider nicht die einzige mit einem Nachwuchsproblem. Auch wir als Friedensbewegung müssen uns fragen, wie wir mehr junge Menschen für unsere Sache begeistern können. Dabei sehen wir uns unter anderem millionenschweren PR-Kampagnen, professionellen Propagandisten und bundesweit organisierten, öffentlichen Großevents gegenüber. Widerstand gegen einen scheinbar übermächtigen Gegner macht keinen Spaß. Er ist entmutigend, anstrengend und zäh – aber er ist notwendig! Zweifelsohne: Die Kriegstreiber stehen finanziell und materiell besser da als wir. Darüber dürfen wir aber nicht vergessen, dass wir einen entscheidenden Vorteil haben: Ich habe noch nie erlebt, dass mir jemand ernsthaft erzählen will, dass Krieg auch seine schönen Seiten hat. *Niemand* will Krieg! So gesehen, stehen die Werbeagenturen der Bundeswehr vor einer enormen Aufgabe. Wir als Friedensbewegung haben es da

um einiges leichter. Wir müssen niemanden erst noch davon überzeugen, dass Frieden an sich eine gute Sache ist. Alles, was wir machen müssen, ist, den Menschen zu zeigen, dass das, was sie wollen, möglich ist. Anders als die Bundeswehr müssen wir die Menschen nicht dazu bringen, gegen ihre Interessen für unsere Ziele zu kämpfen. Wir müssen sie nur dazu bringen, für ihr *eigenes* Interesse einzustehen. Denn unser Ziel, der Frieden, *ist* ihr Interesse!

Wie begeistern wir also Jugendliche für unsere Sache? Wir müssen sie daran erinnern, dass unsere Sache auch die ihre ist und wir müssen sie in die Lage versetzen, über Hindernisse hinweg für ihre Sache einzustehen. Nur so werden sie den Frieden im Labyrinth der allgegenwärtigen Kriegspropaganda nicht wieder aus den Augen verlieren. Vor Schulen, Jobmessen, auf dem Hafengeburtstag, am Tag der Bundeswehr – egal wo die Militärs auch aufschlagen, wir müssen vor Ort sein, um ihre Lügen von der humanistischen Verteidigungsarmee nicht unbeantwortet zu lassen – um ihnen entgegenzuschreien: Keinen Frieden mit einer imperialistischen Angriffsarmee! Kein Frieden mit der Bundeswehr!

Dritte Tatsache: Gegen Krieg aktiv zu sein ist wichtig, aber es ist nicht genug. Denn Frieden bedeutet mehr als das Ende von offenem Krieg. Solange Menschen, Tiere und Natur weltweit für Profit ausgeblutet werden, kann es keinen Frieden geben. Solange die Herrschenden um Rohstoffe, billige Arbeitskräfte und schnelle Handelsrouten konkurrieren, wird es keinen Frieden geben. Krieg und Kapitalismus können nicht nur erst zusammen verstanden, sondern auch nur zusammen überwunden werden. Solange wir nicht in einer befreiten Gesellschaft ohne Krieg und Ausbeutung leben, werden wir weiter auf die Straße gehen, um sie einzufordern! Kein Frieden mit dem Kapitalismus! Danke.



Foto: RS

Redebeitrag von Andreas Grünwald (Hamburger Forum)

während des Friedensfestes auf dem
Carl-von-Ossietzky-Platz

Liebe Freundinnen und Freunde,

G20 in Hamburg – wer hätte sich das je vorstellen können? Und ernsthaft: Welches Huhn hat unseren Bürgermeister eigentlich gebissen, als er einsam – nur mit der Kanzlerin – beschloss, dieses Horrorkabinett von Trump bis Erdogan, von May aus Großbritannien bis Abe aus Japan, von rechtsextremen Regimen wie in Indien oder in Mexiko, von Diktaturen wie in Saudi-Arabien nach Hamburg einzuladen?

Unterstelle ich Sinn, so besteht dieser darin, dass sich deutsche Politiker vor der Kulisse dieses Tollhauses der Verbrechen, kurz vor den Wahlen, als Hort der Vernunft präsentieren möchten. Doch diese Show, von der eigenen Rolle in den Kämpfen um Märkte, Ressourcen und Einflusszonen abzulenken, werden wir der Kanzlerin nicht durchgehen lassen!

Ist es nicht ihre Regierung, die die Länder Südeuropas, auch Afrikas, in den Ruin treibt? Ist es nicht ihre Politik, die auch bei uns Millionen in die Existenznot treibt? Ist es nicht diese Regierung, die mit Regimewechseln und Auslandseinsätzen der Bundeswehr die internationalen Beziehungen militarisiert?

Die Kanzlerin sagt: Die Bekämpfung der Fluchtursachen sei zu besprechen. Dafür solle es eine „neue Partnerschaft mit Afrika“ geben. Wie verlogen ist das eigentlich, wenn fast der gesamte afrikanische Kontinent nicht mit am Tisch sitzt?

Das, was wir erleben werden, ist ein Gipfel der Verantwortungslosigkeit, der Kriegsverbrechen und des sozialen Zerfalls. Und deshalb sage ich: Senden wir mit unseren *friedlichen* Protesten einen Weckruf aus für eine bessere und gerechtere Welt!

Doch schon tauchen Scharfmacher auf, wie der CDU-Abgeordnete Joachim Lenders, der uns kriminalisiert. SPD-Innensenator Andy Grote erteilt uns Ratschläge zur Gestaltung der Proteste. Er habe Ver-



Foto: RS

ständnis, wenn wir gegen Trump und Erdogan demonstrieren. Natürlich: Wir werden dem Hass, dem Rassismus und den völkerrechtswidrigen Kriegsverbrechen der Herren Erdogan und Trump widersprechen, aber genauso leidenschaftlich auch der asozialen und Kriege befördernden Politik der eigenen Regierung!

Wir haben besprochen, dass wir die NATO mit zum Thema machen. Denn die ist im Schatten der Gipfel längst zu einer weltweit agierenden Organisation gewachsen. Aber nur, um nun auch in Afrika, Lateinamerika und Asien mit militärischem Druck eigene Interessen durchzusetzen. Unsere Forderung nach einer Auflösung dieses Militärbündnisses, nach einem Austritt wird das Bild mit prägen.

Wir thematisieren dies auch deshalb, weil für Rüstung verschleuderte Ressourcen nicht für Soziales oder den Umweltschutz zur Verfügung stehen. Der Wahnsinn, dass jährlich 1,8 Billionen für die Rüstung ausgegeben werden, während 800 Millionen Menschen nicht wissen, was sie essen, muss ein Ende haben!

Das intellektuelle Herz der Proteste wird unser Gipfel für Globale Solidarität, der am 5. und 6. Juli stattfindet. Dort diskutieren wir unsere Alternativen. Dazu haben wir Friedensaktivistinnen aus den USA, von den Philippinen, aus Kurdistan und der Türkei, aus Großbritannien und Frankreich eingeladen. So gestärkt geht es am 8. Juli auf die Straße. Gegen Militäreinsätze, für den Stopp des Rüstungshandels und ein Ende der Manöver an der russischen Grenze. Für die Ächtung aller Atomwaffen und die Schließung der US-Militärbase in Ramstein. Und natürlich für ein Ende der inhumanen Abschottungspolitik gegenüber den Flüchtlingen.

Wir sehen uns: Anfang Juli beim Gipfel für Globale Solidarität und dann bei der großen Demo im Block der Friedensbewegung!



Foto: RS